

zielt, sofern den Einrichtungen adäquate Ersatzräume zur Verfügung gestellt werden.

Der Senat beabsichtigt, für das Mütterzentrum Vahr auf der Basis des bisherigen Mietvertrages bedarfsgerechte Räume in der Grundschule In der Vahr herrichten zu lassen. Da die Oberschule an der Kurt-Schumacher-Allee die Mobilbauklassen aber erst zum Schuljahr 2013/2014 benötigt, kann das Mütterzentrum Vahr ihre jetzigen Räume voraussichtlich noch bis Ende des Kindergartenjahres 2012/2013 nutzen.

Zu Frage 2: Das Mütterzentrum Vahr hat 2011 für den Ersatzstandort ein Nutzungskonzept entwickelt, welches auch die Grundlage für die Bau- und Kostenplanung bildet, mit der Immobilien Bremen Anfang des Jahres beauftragt wurde. Sobald diese Bau- und Kostenplanung vorliegt, werden die Ergebnisse mit dem Mütterzentrum Vahr abgestimmt und die weiteren Umsetzungsschritte festgelegt. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Frau Bernhard, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Bernhard** (DIE LINKE): Zunächst finde ich die Aussage sehr positiv, dass die Räumlichkeiten bis zum nächsten Schuljahr noch nutzbar sind, da Gerüchte im Umlauf waren, das Mütterzentrum müsste bereits im September dieses Jahres die Räumlichkeiten verlassen. Das finde ich insofern also sehr gut.

Die zweite Frage bezieht sich auf den Alternativstandort Grundschule. Es gibt Mitteilungen, dass dieser zur Ganztagschule umgebaut werden soll beziehungsweise Planungen dazu vorlägen. Insofern würden die Räumlichkeiten dem Mütterzentrum mittelfristig wiederum nicht zur Verfügung stehen. Ich würde gern wissen, ob das zutrifft, ob es nur eine kurze Zwischenlösung darstellt oder ob die Perspektive eine andere ist.

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: Ich entnehme dieser Ausführung viele Gerüchte. Es gibt eine Planungskonferenz im Beirat Vahr, sie hat gerade am 15. Mai 2012 getagt und sich ausführlich mit diesen Dingen beschäftigt. Diese Frage ist auch angesprochen worden. Es ist überlegt worden, ob es auch noch Alternativen zu der Grundschule In der Vahr gibt. Ich persönlich halte nicht so viel davon, weil wir noch gar keine Entscheidung zu der Frage Ganztagschule/Grundschule In der Vahr haben. Wir wissen, die Grundschule In der Vahr wollte schon seit geraumer Zeit gern Ganztagschule werden. Wir hatten dann eine Auswahl zu

treffen und haben uns zunächst für die Paul-Singer-Grundschule entschieden. Die Grundschule In der Vahr hat wunderbare Möglichkeiten, eine Umgebung, in der Kinder wirklich sehr gut spielen können, ein wunderbares Außengelände. Ich finde, die Kombination, selbst wenn sie dann Ganztagschule werden sollte - ohne dass wir da jetzt schon irgendetwas entschieden hätten oder Anträge vorliegen haben -, ist wunderbar.

Das Mütterzentrum soll in einen der Pavillons und wäre eine gute Ergänzung in der Zusammenarbeit für das Mittagessen, die Nachmittagsangebote oder als Anlaufpunkt für Mütter. Insofern halte ich nicht so viel von den Alternativen, sondern denke, es würde tatsächlich einen Ganztagschulstandort bereichern, wenn er denn kommt, aber es ist keine Zwischenlösung geplant. Wenn, dann machen wir auch eine vernünftige Dauerlösung.

Präsident Weber: Frau Senatorin, weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zehnte Anfrage befasst sich mit dem Thema „**Was macht der MOBS?**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Fecker, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Fecker!

Abg. **Fecker** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche Gründe sieht der Senat dafür, dass der Mobile Bürgerservice, MOBS, dessen Einführung der Senat im Jahr 2008 noch für Mitte 2009 angekündigt hatte, bisher in Osterholz nicht fest etabliert ist?

Zweitens: Wann ist mit einer endgültigen und langfristigen Etablierung des MOBS in Osterholz zu rechnen?

Drittens: Plant der Senat, die Personalausstattung des MOBS vollständig aus Personalressourcen des Stadtamts zu erbringen?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Mäurer.

Senator Mäurer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Für die Einrichtung des Mobilien Bürgerservices ist es erforderlich, ein innerbehördlich konsistentes Konzept zu entwickeln, mit den übrigen Prozessen innerhalb des Stadtamtes zu koordinieren sowie insbesondere die hierzu erforder-

lichen Personalressourcen dauerhaft und verlässlich bereitzustellen. Dies war aufgrund jeweils als vordringlich bewerteter anderer Herausforderungen bislang nicht möglich.

Zu den Fragen 2 und 3: Das vom Senator für Inneres und Sport eingesetzte Projekt „Stadtamt zukunftssicher gestalten“ untersucht die Organisation und die Arbeitsabläufe des gesamten Stadtamtes. Dabei sollen zeitnah auch die Bürgerserviceeinheiten betrachtet werden. Das Projekt wird sodann spätestens zu Beginn des nächsten Jahres einen Vorschlag vorlegen, wie der Mobile Bürgerservice im Stadtteil Osterholz fest etabliert werden soll, und dabei auch die Frage der erforderlichen Ressourcen einbeziehen. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Fecker, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Fecker** (Bündnis 90/Die Grünen): Eingedenk Ihrer Antwort zu Frage 1 hätte ich dann doch noch eine Nachfrage, um es zu verstehen. Sie haben im Jahr 2008 hier im Parlament zu der Frage ausgeführt, Sie würden Licht am Ende des Tunnels sehen. Muss ich es so verstehen, dass Sie falsch abgebogen sind, angehalten oder den Rückwärtsgang eingelegt haben?

(Abg. Werner [Bündnis 90/Die Grünen]:
Geisterfahrer!)

Ich hätte von Ihnen gern noch einmal die Gründe dafür genannt, warum bis heute noch nicht geklappt hat, was Sie angekündigt hatten.

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Das mit dem Licht war so eine Sache.

(Heiterkeit)

Wir sind mit dem Mobilien Bürgerservice durchaus angetreten, und das hat auch bis Mai letzten Jahres funktioniert. Da die Maßnahme befristet war, ging es darum, auch die Zustimmung des Personalrats für eine Verlängerung zu bekommen. Diese ist uns versagt worden, und das gilt bis heute. Der Hintergrund ist einfach, dass wir im Stadtamt Probleme haben. Ich glaube, das muss man auch einfach so sehen. Wir alle sind der Überzeugung, dass ein Mobiler Bürgerservice eine ganz schöne Sache ist, die wir gern machen. Das haben wir in der Koalition auch zugesagt. Solange es aber Wartezeiten und lange Warteschlangen gibt wie beispielsweise in der Ausländerbehörde, ist es ganz schwierig zu vermitteln, dass dort Personal

abgezogen und an anderer Stelle dann zusätzlich eingesetzt wird.

Insofern gab es auch keine Chance, den Personalrat davon zu überzeugen, sondern dort war die klare Ansage, wir können es uns vorstellen, sobald die anderen Probleme gelöst sind. Deswegen brauchen wir einfach auch Zeit und Geduld, bis diese Dinge, die wir angefasst haben, umgesetzt sind. Wir haben, wie gesagt, inzwischen auch finanzielle Unterstützung erfahren. Im Haushalt dieses Jahres sind deutlich mehr Mittel eingestellt worden, um das Stadtamt zu modernisieren und diese Probleme zu lösen. In diesem Rahmen, denke ich, werden wir dieses Thema auch mit Steuern und zu einem positiven Abschluss bringen.

Präsident Weber: Herr Fecker, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Fecker** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, habe ich Sie gerade richtig verstanden, dass das Personal, das vorher den MOBS betrieben hat, jetzt in der Ausländerbehörde eingesetzt wird? Ist das eins zu eins so?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Nein, das ist nicht eins zu eins so, sondern es ist einfach eine politische Botschaft, auch eines Personalrats, zu sagen, wir verweigern die Zustimmung zu einer Maßnahme, wenn es im Gegenzug Bereiche gibt, die nicht vernünftig funktionieren. Da dies der Mitbestimmung unterliegt und man sich auch vorstellen kann, dass man solch ein Verfahren in der Einigungsstelle nicht gewinnen kann, war es sinnvoll, die Sache auszusetzen und im Rahmen eines großen Projektes das Ganze neu anzugehen, und ich sehe auch die Chance, dass wir es dann realisieren.

Präsident Weber: Herr Fecker, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Fecker** (Bündnis 90/Die Grünen): Was passiert denn jetzt zwischen Projektbeginn und Projektende in dieser Frage in Osterholz?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Da geschieht nichts.

Präsident Weber: Herr Fecker, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Fecker** (Bündnis 90/Die Grünen): Ist die Lösung, die Sie am Ende dieses Projekts, das Sie ja auch schon ausführlich in der Innendeputation

dargestellt haben, anstreben, dann eine, bei der wir davon ausgehen können, dass sie langfristig und endgültig ist, oder gehen Sie davon aus, dass es wieder eine Zwischenlösung sein soll?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Ich verweise auf den Titel unseres Projekts, das heißt „Stadtamt zukunftssicher gestalten“, das bedeutet nicht bis morgen. Es muss nun endlich einmal eine Lösung sein, die in der Tat die Dinge so aufstellt, dass mit dem vorhandenen Personal auch die Aufgaben erbracht werden können. Dies setzt eine klare Finanzierung und Personalausstattung voraus. Ich denke, in diesem Rahmen kann man solch einen Prozess stabil zum Abschluss bringen.

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Fecker** (Bündnis 90/Die Grünen): Mit der Zielsetzung, den MOBS in Osterholz fest zu etablieren?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Das ist unser Ziel.

Präsident Weber: Herr Senator, eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Güngör! - Bitte sehr!

Abg. **Güngör** (SPD): Herr Senator, nur für mein Verständnis von Organisation und Personalpolitik! Der hochoffizielle Neustart war am 2. März 2010. War Ihnen zu dem Zeitpunkt, als dieser Neustart in Ihrer Anwesenheit gefeiert wurde, nicht bekannt, dass es in den nächsten Jahren mitbestimmungspflichtige Personalentscheidungen geben würde, und warum wurden diese nicht vorsorglich vorher getroffen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Das hängt damit zusammen, dass es keine Alternative gibt. Man braucht die Zustimmung des Personalrats zu diesen personellen und organisatorischen Maßnahmen. Die Maßnahme war befristet, der Personalrat hätte sonst überhaupt nicht zugestimmt. Insofern ist es immer ein Problem, dass man, wenn man eine Fortsetzung beantragt, auch Gefahr läuft, dass der Personalrat Nein sagt, und dann ist das ein Problem.

Präsident Weber: Herr Güngör, eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Güngör** (SPD): Kann ich davon ausgehen, dass Sie sich rechtzeitig um die Mitbestimmungs-

pfligt gekümmert haben, oder ist dies vielleicht zu spät geschehen, sodass sich der Beirat Osterholz permanent auch darüber beschwert, dass es immer wieder einen Neustart und eine Schließung des Mobilien Bürgerservices gibt?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Es hängt damit zusammen, dass einfach die erforderlichen personellen Ressourcen nicht zur Verfügung stehen. So gesehen ist es nicht allein ein Problem des Stadtamtes, sondern es ist natürlich auch ein Problem derjenigen, die die Stellen nicht zur Verfügung stellen, um so etwas zu organisieren.

Herr Senator, eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Rohmeyer!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Herr Senator, Sie sind erstaunlicherweise immer noch im Amt, obwohl Sie zunehmend Versprechen, die Sie gemacht haben, nicht einhalten können. War es absehbar, dass der Wahltermin im Mai 2011, der ja auch von Ihrem Ressort gesteuert wird, zeitgleich das Ende des Mobilien Services in Osterholz sein würde, als Sie im März 2010 bei uns in Osterholz den Mobilien Service - Herr Kollege Güngör hat das freundlicherweise auch schon erwähnt - mit einem gewissen Pomp wieder etabliert haben?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Sie wissen genau, dass das in überhaupt keinem Zusammenhang steht und keinen Sinn macht. Wir haben versucht, dies umzusetzen. Vor dem Hintergrund der Schwierigkeiten, die wir insbesondere in der Ausländerbehörde hatten, gab es aber keine Alternative dazu, und wie gesagt, wir machen einen Neustart, und dazu brauchen wir Zeit und etwas Geld.

Präsident Weber: Herr Rohmeyer, eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Herr Senator, da Sie nun dem Personalrat die Schuld dafür zugeschoben haben, dass der Mobile Service in Osterholz - wie vieles andere in Ihrem Bereich offensichtlich auch - nicht funktioniert, möchte ich Sie fragen: Wer in Ihrem Ressort entscheidet, der Personalrat oder Sie?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Das ist eine Frage, die sich gar nicht stellt. Jede Maßnahme in diesem Bereich bedarf der Mitbestimmung, und am Ende ent-

scheidet die Einigungsstelle darüber. Ich sehe nicht, dass man in diesem Verfahren letztlich etwas positiv zum Abschluss bringen kann, solange man Probleme in der Ausländerbehörde hat.

Präsident Weber: Herr Rohmeyer, eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Rohmeyer [CDU]: Ich bin deprimiert, Herr Präsident, im Moment nicht)

Eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Vogt! - Bitte sehr!

Abg. Frau **Vogt** (DIE LINKE): Herr Senator, Sie haben soeben gesagt, in den Haushaltsberatungen seien Ihnen mehr Mittel für den Umbau im Stadtamt zur Verfügung gestellt worden. Wir haben das ja schon am 9. Mai angezweifelt. Gehen wir aber einmal davon aus, Sie hätten recht, und die Probleme, zum Beispiel im Stadtamt, würden behoben: Welchen zeitlichen Spielraum sehen Sie dann beispielsweise, eine Einrichtung wie das MOBS dauerhaft zu installieren? In welchem Zeitrahmen denken Sie, vorausgesetzt Ihre Aussage, Sie haben die nötigen Mittel im Haushalt, trifft wirklich zu?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Unsere Projektgestaltung sieht vor, dass wir natürlich erst mit den Schwerpunktthemen beginnen.

(Abg. Frau Vogt [DIE LINKE]: Das ist klar!)

Das heißt, die Probleme in der Ausländerbehörde sind der Bereich, der zuerst gelöst werden muss.

(Abg. Frau Vogt [DIE LINKE]: Das setze ich voraus, ja!)

Wir werden in der Perspektive dann im nächsten Jahr klare Verhältnisse haben.

Präsident Weber: Herr Senator, weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit Beantwortung dieser Anfrage ist die Fragestunde beendet.

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Abgeordneten Rohmeyer, Röwekamp und Fraktion der CDU folgendes Thema frist- und formgerecht eingebracht worden:

Familien brauchen Verlässlichkeit: Bremisches Kinderbetreuungschaos beenden.

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Stahmann.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rohmeyer.

Abg. **Rohmeyer** (CDU)*): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Wir reden über ein Trauerspiel in mehreren Akten. Im Juli 2011 betritt eine neue Hauptdarstellerin voller Elan die Bühne. Als Senatorin im entkernten Ressort für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen kündigt sie wortreich an, alles wird besser, alles wird mehr. Was mehr wird, ist das Chaos, und besser wird nichts, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Sie übernimmt ein Ressort, das jahrzehntelang von der Sozialdemokratie geführt wurde - freuen Sie sich nicht zu sehr, meine Damen und Herren hier links -, mit einem Verfahren, das unübersichtlich ist, mit einer Abwehrhaltung gegen freie Träger, die bis heute nicht besser geworden ist, und mit einer Haltung, die im Prinzip bedeutet, gebt uns Geld, dann schauen wir, was wir daraus machen. Meine Damen und Herren, nach elf Monaten Senatorin Stahmann ist festzuhalten, das Chaos ist groß, passiert ist nichts.

(Beifall bei der CDU)

Wir erwarten, dass das, was Frau Senatorin Stahmann vor einem Jahr gesagt hat, alles wird besser, alles wird mehr, sich dann auch entsprechend in Plätzen und in der Qualität der Betreuung umsetzt.

Wir haben lange gewartet, wir haben lange gefragt, wir haben nachgebohrt, viele Beiräte auch. Nicht nur wir allein, auch die Sozialdemokraten haben vor Ort und in der Deputation nachgebohrt: Wie sieht es denn mit den Plätzen für das neue Kindergartenjahr aus? Das neue Kindergartenjahr beginnt im Übrigen am 1. August, das ist nicht mehr allzu weit entfernt von heute. Wir haben am 31. Mai Zahlen bekommen, die wir im Frühjahr längst hätten erhalten sollen, und die Zahlen, die wir jetzt vorliegen haben, sind noch nicht die endgültigen Zahlen. Dabei geht es nicht um mich, meine Damen und Herren! Wer Verlässlichkeit braucht, sind die Eltern, die Betreuungsplätze für

*) Vom Redner nicht überprüft.